

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 2. Jänner 1989

Blatt 1

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Einbau des 2.000sten Aufzuges begonnen (3/FS: 31.12.1988)
- „Wohnen in Wien“ (4/FS: 31.12.1988)
- Verkehrsbetriebe: Alte Fahrscheine noch im Jänner gültig (5)
- Stubentor: Rohbauarbeiten beendet (5)
- Österreichischer Städtebund: 1988 brachte wichtige bundesgesetzliche Regelungen für die Gemeinden (6/7)
- Das Wiener Neujahrsbaby kam genau um Mitternacht (nur FS/1.1.)
- Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- 60. Geburtstag von Arik Brauer (2/FS: 31.12.1988)
- „Krippenbasteln“ im Historischen Museum (2/FS: 31.12.1988)
- Straßenmusik 1989 (8)
- 80. Geburtstag von Architekt Eugen Wörle (9)

BLATTLINIE: Information der Massenmedien über aktuelle Ereignisse im Bereich der Stadt Wien

Der Medieninhaber Stadt Wien ist an folgenden Medienunternehmen beteiligt: Kabel-TV-Wien Gesellschaft m. b. H. sowie über die WIENER HOLDING Gesellschaft m. b. H. an deren Tochterunternehmen EKAZENT Bautenverwaltung Gesellschaft m. b. H., GEWISTA Werbegesellschaft m. b. H. mit Beteiligung an GEWISTA Wartehallen Werbung Gesellschaft m. b. H. und Kinoreklame Gesellschaft m. b. H., JUGEND & VOLK Verlagsgesellschaft m. b. H. mit Beteiligung an Raimundtheater Betriebsgesellschaft m. b. H. und TR-Verlagsunion Gesellschaft m. b. H., J & V Edition Wien Verlagsgesellschaft m. b. H., Theater an der Wien Betriebsgesellschaft m. b. H., Vereinigte Bühnen Wien Gesellschaft m. b. H., Wiener Messen und Congress Gesellschaft m. b. H. mit Beteiligung an Wiener Werbezentrale Gesellschaft m. b. H., Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m. b. H. mit Beteiligung an Austria Wochenschau Gesellschaft m. b. H.

60. Geburtstag von Arik Brauer

Wien, 31.12. (RK-KULTUR) Der Maler, Komponist und Sänger Arik (Erich) BRAUER wurde am 4. Jänner 1929 in Wien geboren. Von 1945 bis 1951 studierte er gemeinsam mit Ernst Fuchs und Anton Lehmden bei Albert Paris Gütersloh an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Sein malesisches Werk wird der „Wiener Schule des Phantastischen Realismus“ zugerechnet.

Nach einem Wanderleben als Maler, Sänger und Tänzer, das ihn durch Europa und Afrika führte, siedelte er sich 1964 im israelischen Künstlerdorf „Ein Hod“ an. Seit einigen Jahren lebt Brauer im Sommer dort und in den Wintermonaten in Wien.

1971 veröffentlichte Brauer seine erste Langspielplatte, 1973 wurde seine Fernsehshow „Alles was Flügel hat, fliegt“ gesendet.

Brauers Bilder und Graphiken befinden sich in Museen des In- und Auslands und werden auf internationalen Ausstellungen gezeigt. Daneben schuf er auch Bühnenausstattungen und Wandfresken.

Arik Brauer, der seit 1. Mai 1986 als Hochschulprofessor eine Malerei-Klasse der Akademie der bildenden Künste leitet, entwarf auch die Pläne für ein Wohnhaus in der Gumpendorfer Straße. (Schluß) red/bs

Bereits am 31. Dezember 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Krippenbasteln“ Im Historischen Museum

Wien, 31.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Das Historische Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz lädt vom 2. bis 6. Jänner Kinder — vor allem von 7 bis 12 Jahren — täglich von 10 bis 14 Uhr, zum „Krippenbasteln“ ein. Materialien wie Kartons, Textilien und Farbstoffe stehen zur Verfügung. (Schluß) gab/rr

Bereits am 31. Dezember 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Einbau des 2.000sten Aufzuges begonnen

Wien, 31.12. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Wenige Tage vor Jahresende wurde mit den Arbeiten für den Einbau des 2.000sten Personenaufzuges in ein städtisches Wohnhaus begonnen. Seit dem Jahr 1957 wurden von der Magistratsabteilung 27 damit insgesamt fast 2.000 Personenaufzüge nachträglich in Gemeindewohnhäuser ein- bzw. angebaut. Der 2.000ste Aufzug wird in der Wohnhausanlage 10, Troststraße 68-70 eingebaut und voraussichtlich im Herbst 1989 in Betrieb gehen.

Der nachträgliche Einbau der Aufzüge wird zur Gänze aus öffentlichen Mitteln finanziert, die Mieter haben lediglich die laufenden Betriebskosten zu zahlen. Zur Bewältigung des großen Bauvolumens — ein Aufzug kostet zwischen ein und zwei Millionen Schilling und 150 werden jährlich errichtet — und der speziellen technischen Probleme, wurde schon 1974 eine eigene Personalgruppe eingesetzt.

Die ersten Aufzüge wurden 1957 in den neun Geschoße hohen Stiegen des „Reumannhofes“ in Wien-Margareten eingebaut. Technisch wurden im Laufe der Jahrzehnte unterschiedliche Varianten ausgeführt: sie reichen vom Einbau in ausreichende große Stiegenhäuser über den Anbau von verglasten Stahlskelett-Schachtkonstruktionen bis zu den heute sehr gebräuchlichen, der Architektur des Hauses angepaßten und an den Außenwänden angebauten Ziegelschächten.

Jährlich werden 150 bis 170 Ansuchen um nachträglichen Aufzugseinbau in Vormerkung genommen. Die Wartezeit beträgt durchschnittlich drei Jahre. Noch sind in Wiens Gemeindebauten etwa 1.000 Stiegen mit Aufzügen zu versorgen. Da für viele ältere Bewohner erst durch diesen Aufzugseinbau das Verlassen der Wohnung und das Erreichen der Wohnumgebung wieder möglich wird, ist diese Maßnahme auch unter sozialen Gesichtspunkten zu sehen. (Schluß) ah/bs

Bereits am 31. Dezember 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Wohnen in Wien“

Studien zum Massenwohnen von 1848-1938

Wien, 1.1. (RK-LOKAL/KULTUR) Im Rahmen der „Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte“, einer Publikationsreihe des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, ist soeben im Verlag Franz Deuticke Band 19, „Wohnen in Wien. 1848-1938. Studien zur Konstitution des Massenwohnens“, von Wolfgang HÖSL und Gottfried PIRHOFER erschienen. Der Band ist im Buchhandel zum Preis von 188 Schilling erhältlich.

Die beiden Autoren konnten bei ihrer mehrjährigen Arbeit am Manuskript zum Teil auf bereits publizierte Forschungsarbeiten zurückgreifen. Darüberhinaus versuchten sie vor dem Hintergrund neu erschlossenen Quellenmaterials, das bisher nur wenig beachtet bzw. noch nicht zur Verfügung gestanden war (darunter auch ausführliches Interviewmaterial mit „Zeitzeugen“) eine Neubewertung durchzuführen. Die wissenschaftlichen Studien versuchen — am Beispiel Wiens —, die konkreten Linien der Entwicklung des kapitalistischen Wohnbaus sowie die Herausbildung eines entsprechenden (Massen)Wohnmarktes nachzuzeichnen. Unter den behandelten Themen sind Kapital wie: Miethäuser und Erdlöcher, Vom Gewerbehäuser zur Zinskaserne, Zur Realisierung der Wohnung als „zinstragendes Kapital in Warenform“, Massenwohnungen in der Spätgründerzeit, Baugesellschaften und „Bodenspekulation“, „Musterhäuser“, Staatliche Wohnungspolitik, Mieterschutz, „Stadterweiterung“, kommunaler Wohnbau u.a. (Schluß) am/bs

Bereits am 1. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Verkehrsbetriebe: Alte Fahrscheine noch im Jänner gültig

Wien, 2.1. (RK-KOMMUNAL) Mit Montag, 2. Jänner, treten bei den Wiener Verkehrsbetrieben neue Tarife in Kraft. Die wichtigsten Merkmale: die Einzelfahrt wird im Rahmen einer „Vier-Fahrten-Streifenkarte“ 14 Schilling kosten, die Monatsnetzkarte 410 Schilling und die Jahresnetzkarte 4.100 Schilling, die „Acht-Tage-Umwelt-Streifenkarte“ 220 Schilling. Der Einzelfahrschein im Fünfer-Block wird nicht mehr verkauft. Neu eingeführt wird eine übertragbare Monatsnetzkarte um 600 Schilling sowie eine Tagesnetzkarte um 40 Schilling.

ACHTUNG: Die alten Fahrscheine können noch bis Ende Jänner ohne Aufzahlung verwendet werden. Vom 2. Jänner bis 31. März werden alte Fahrscheine in allen betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe (nicht in Trafiken) zurückgenommen. (Schluß) roh/gg

Stubentor: Rohbauarbeiten beendet

Wien, 2.1. (RK-KOMMUNAL) In der vergangenen Woche konnten nach nur 48monatiger Bauzeit die Rohbauarbeiten am U 3-Bauabschnitt „Stubentor“ termingemäß abgeschlossen werden. 2.400 Laufmeter Tunnel wurden unter schwierigen Bedingungen, zum Teil auch unter Druckluft, nach der „Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode“ zwischen Landstraße und Stephansplatz beziehungsweise Julius-Raab-Platz bergmännisch hergestellt.

Die dazwischenliegende U-Bahn-Station „Stubentor“ wird Aufgänge am Parkring sowie in die Wollzeile und am Dr.-Karl-Lueger-Platz haben. Dadurch ist einerseits eine gute Anbindung der U-Bahn-Linie 3 an die bestehenden öffentlichen Verkehrsmittel andererseits auch eine Erschließung des innerstädtischen Raums gegeben. Im Bereich der Stubenbastei wurden im Zuge der Rohbauarbeiten umfangreiche archäologische Grabungen durchgeführt, und Teile der Stadtmauer soweit ausgegraben, daß sie in die U-Bahn-Station „Stubentor“ integriert werden können. Die als Baustelleneinrichtungsflächen genutzten Bereiche werden nach der Rücklegung von Einbauten ab Frühjahr 1989 wieder instandgesetzt werden. (Schluß) roh/rr

Österreichischer Städtebund: 1988 brachte wichtige bundesgesetzliche Regelungen für die Gemeinden

**1989 - Starke Investitionstätigkeit der Städte;
Städtetag im Zeichen der Europa-Diskussion**

Wien, 2.1. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich des Jahreswechsels zog der Österreichische Städtebund Bilanz über das abgelaufene Jahr und seine Bedeutung für die Kommunalpolitik. Trotz aller Schwierigkeiten kann es als ein erfolgreiches Jahr betrachtet werden. Mit der Verankerung des Österreichischen Städtebundes in der Bundesverfassung, der Aufnahme als Verhandlungspartner im Finanzausgleichsgesetz und der Beteiligung der Gemeinden an der Kapitalertragsteuer wurde der Bedeutung der Städte und Gemeinden im öffentlichen Leben Rechnung getragen.

Verankerung in der Bundesverfassung

„1988 ist ein Meilenstein in der österreichischen Kommunalpolitik“, erklärte der Präsident des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, anlässlich der Beschlußfassung des Nationalrates über die Bundesverfassungsgesetznovelle 1988, mit der der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund berufen sind, die Interessen der österreichischen Gemeinden zu vertreten. Mit diesem Beschluß vom 29. November wurde nicht nur eine jahrzehntelange Forderung erfüllt, sondern auch ein wichtiger Schritt getan, um die Gemeinden noch stärker als bisher als Partner im föderalen System Österreichs anzuerkennen, was auch im Hinblick auf die künftigen Strukturen Europas von Bedeutung ist. Österreich hat hier eine Vorreiterrolle in Europa eingenommen.

Städtebund auch im Finanzausgleichsgesetz

Städtebund und Gemeindebund wurden auch in das neue Finanzausgleichsgesetz aufgenommen. Danach hat der Bund vor steuerpolitischen Maßnahmen und Regelungen, die die Gemeinden finanziell belasten, den Österreichischen Städtebund in die Verhandlungen einzubeziehen. Damit wurde ein wichtiger Schritt zur besseren Vertretung der Interessen der Gemeinden gesetzt.

23-Prozent-Beteiligung an der Kapitalertragsteuer II

Die mit 1. Jänner 1989 in Kraft tretende Steuerreform ließ bei den Gemeinden einen Einnahmenentgang von 2,5 Milliarden Schilling befürchten. In den Finanzausgleichsgesprächen ist es gelungen, die Partner davon zu überzeugen, daß die Gemeinden diese Einnahmenentgänge nicht mehr verkraften können und niemandem gedient ist, wenn die Gemeindeautonomie auf finanziellen Gebiet ausgehöhlt würde. So war es möglich, zumindest einen 23-Prozent-Anteil an der „Kapitalertragsteuer II“ zu vereinbaren. Die Gesamtauswirkungen bieten selbst unter Berücksichtigung dieses Anteils keinen Grund zum Jubeln, mußten doch andere Forderungen an den Finanzausgleich zurückgestellt werden. Durch den raschen Abschluß der Finanzausgleichsverhandlungen haben die Gemeinden jedoch eine klare Basis für die Erstellung ihrer Voranschläge bekommen.

1989 geringe Budgetausweitung - Städte investieren jedoch kräftig

Für 1989 sagen die Wirtschaftsforscher eine günstige Konjunkturerwicklung voraus. Nach einem kräftigen Wachstum im Jahr 1988 soll die österreichische Wirtschaft 1989 real um drei Prozent expandieren.

Auch das Investitionsverhalten der österreichischen Städte wird sich 1989 positiv auf die heimische Konjunktur auswirken. Die 14 größten Städte Österreichs (ohne Wien als Land und Gemeinde) werden ihre Investitionen

von 5,1 Milliarden Schilling laut Voranschlag 1988 auf 5,6 Milliarden Schilling im Jahr 1989 ausweiten. Das entspricht einer Steigerung von rund 9 Prozent.

Besonders stark werden die Investitionen der Stadtwerke sowohl in Wien wie in den übrigen Städten — nämlich um rund 13 Prozent — erhöht. Schwerpunkte sind die Energieversorgung und der öffentliche Nahverkehr. Positiv wirkt sich dabei aus, daß im Finanzausgleichsgesetz 1989 der Investitionszuschuß des Bundes für städtische Nahverkehrseinrichtungen erstmals gesetzlich geregelt und damit die Finanzierung auf eine bessere rechtliche Basis gestellt wurde.

„Obwohl die Steuerreform 1988 deutliche Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte erwarten läßt und von den Gemeinden äußerste Sparsamkeit abverlangt wird, setzen die Städte mit ihren Investitionen ein kräftiges Signal zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Sie geben damit auch einen starken Impuls für die Aufwärtsentwicklung der österreichischen Konjunktur“, erklärte der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dr. Erich PRAMBÖCK.

Städtetag 1989 im Zeichen der Europa-Diskussion

Die Veränderungen in Europa und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden werden Gegenstand der Diskussionen am Österreichischen Städtetag bilden, der von 8. bis 10. Mai 1989 in Villach stattfinden wird. Der Österreichische Städtetag wird sich unter anderem mit den Auswirkungen einer EG-Annäherung auf die kommunalen Finanzen und die Wirtschaftsförderung der Gemeinden, aber auch mit den Durchgriffsmöglichkeiten internationaler Organe und der Gemeindeautonomie befassen. Der Österreichische Städtebund erwartet sich, daß die Ergebnisse der Beratungen des Städtetages in die Verhandlungsposition des Bundes mit der EG einfließen. (Schluß) stb/gg

Forts. von Blatt 6

Straßenmusik 1989

Wien, 2.1. (RK-KULTUR) Die Straßenmusikverordnung der Stadt Wien 1989 ist mit 1. Jänner in Kraft getreten. Damit wird — gegenüber dem früheren Termin am 1. April — der Tatsache Rechnung getragen, daß in den Wiener Fußgängerzonen inzwischen rund ums Jahr musiziert wird. Die Regelungen bleiben gegenüber den vergangenen Jahren unverändert: Musizieren ohne Anmeldung ist Einzelpersonen oder Gruppen bis zu drei Personen ab 14 Jahre gestattet. Lautstarke Instrumente wie Trommeln oder Blechblasinstrumente ohne Dämpfer dürfen nicht verwendet werden, das Absammeln von Spenden und das Errichten von Aufbauten ist nicht gestattet. Musikgruppen müssen unter anderem zueinander 50 Meter, zu Kirchen 25 Meter Abstand halten.

Folgende Plätze und Straßen stehen den Straßenmusikanten zur Verfügung:

Am Hof, Fußgängerbereich 11 bis 20 Uhr

Graben von der Jungferngasse bis zur Seilergasse, 17 bis 21 Uhr

Kärntner Straße von der Singerstraße bis zur Philharmonikerstraße,
17 bis 21 Uhr

Michaelerplatz, Gehsteig vor der Hofburg, 17 bis 21 Uhr

Schwedenplatz, Fußgängerzone, 11 bis 20 Uhr

Karlsplatz, Bereiche vor den Passagenausgängen, 11 bis 20 Uhr

Spittelberggasse, 17 bis 21 Uhr

Weiters darf in Favoriten beim Hansson-Einkaufszentrum und in Teilen der Fußgängerzone Favoritenstraße — Reumannplatz und in einem Teil der Meidlinger Hauptstraße musiziert werden. (Schluß) gab/rr

80. Geburtstag von Architekt Eugen Wörle

Wien, 2.1. (RK-KULTUR) Der Architekt Eugen WÖRLE wurde am 3. Jänner 1909 in Bregenz geboren.

Nach der Matura studierte er an der Staatsgewerbeschule in Innsbruck und ging dann nach Wien zu Clemens HOLZMEISTER an die Akademie der bildenden Künste. Nach Beendigung des Studiums arbeitete Wörle zunächst als Assistent bei Architekt Max FELLERER, wurde 1936 dessen ständiger Mitarbeiter und gleichberechtigter Kompagnon. In dieser, durch völlige Übereinstimmung der künstlerischen Auffassungen gekennzeichneten Gemeinschaft entstanden zahlreiche Bauten sowie verschiedene Laden- und Wohnungseinrichtungen, u. a. eine Wohnhausanlage in Linz, ein Landhaus am Traunsee, die Wohnhausanlage in der Per-Albin-Hansson-Siedlung zusammen mit einer Gruppe gleichgesinnter Architekten, das Strandbad Gänsehäufel, der Wiederaufbau von Wohnhäusern in Wien, Salzburg und Graz, das Parkhotel „Mirabell“ und die Kongreßhalle in Salzburg, der Neubau des Finanzministeriums und der Akademie für angewandte Kunst auf dem Stubenring in Wien, der Wiederaufbau des Parlaments und das ehemalige Haas-Haus auf dem Stephansplatz, sowie das Mozarteum in Salzburg.

1969 plante und errichtete er eine Wohnhausanlage in Mödling, die sogenannte „Goldene Stiege“.

1956 erhielt Wörle den Preis der Stadt Wien für Architektur, 1964 das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse und 1978 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. (Schluß) red/gg